

Dienstag, den 25. März 1919

Lodzer

Einzelverkaufspreis 25 Pf.

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die siebengesparte Nonpareilzelle 40 Pf. — Ausland 50 Pf.
Die viergesparte Nonpareilzelle 2 Mrk. — Für Blahvorschriften Sondertarif
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 6.— Mark,
bei Postversand Mr. 1,75 bzw. Mr. 7.—

Nr. 83

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Ungarns Anschluß an das Sowjetrußland.

Der Präsident der ungarischen Republik, Graf Karolyi, hat abgedankt, mit ihm die ungarische Koalitionsregierung. Sozialisten und Kommunisten haben sich geeinigt und eine neue Regierung gebildet, die das russische Rätesystem übernehmen und in ein Bündnis mit Russland eintreten will. Das verkündet eine Proklamation, die Karolyi an das ungarische Volk erlassen hat und die wir bereits am Sonntag veröffentlichten.

Die Proklamation des bisherigen Präsidenten der Republik ist nichts weiter als ein Akt der nationalen Verzweiflung. Graf Karolyi war während des Krieges der Führer jener äußersten Linken, die absolut pazifistisch war und von der Entente einen dauernden Versöhnungsfrieden erhoffte. Darum galt Graf Karolyi als antioesterreichisch und ententistisch. Jetzt erkennt Graf Karolyi, daß er falsch gerechnet hat, daß die Entente bereit ist, alle tschechischen, serbischen und rumänischen Ansprüche auf bisher ungarisches Gebiet zu befriedigen, und er meldet den Konkurs seiner Politik an, indem er zusammen der Regierung zurücktritt und Ungarn einem höchst ungewissen Schicksal überlässt.

Die Phrasologie seiner Erklärung weist deutlich darauf hin, daß Ungarn gegenüber der Entente bei Sowjetrußland eine Stütze sucht. Das Proletariat Ungarns ist allerdings ebenso wenig bolschewistisch wie die ungarische Sozialdemokratie. Der Bolschewismus hat wie der „Vorwärts“ schreibt, bisher in Ungarn, ebenso wie in Österreich, eine sehr bescheidene Rolle gespielt, und wenn er jetzt dort zur Macht gelangen sollte, so würde er das außerpolitischen Umständen und nationalen Erwägungen verdanken, nicht aber irgendwelchen sozialen Entwicklungsgesetzen.

Der erst in seinen Auflösungen beständliche ungarische Kapitalismus ist zum plötzlichen Sprung in den Sozialismus ebenso wenig reif wie der russische. Nicht die kapitalistische Entwicklung, sondern die Entente-politik hat dem ungarischen Kommunismus zum Siege verholfen.

Die neue Regierung wird sich dem Rätesystem anpassen und an die Hilfe Russlands gegen die Entente appellieren. Bekanntlich befindet sich heute die ganze Ukraine in den Händen Sowjetrußlands, und die roten Truppen stehen nahe der galizischen Grenze. Ihre Kräfte können, an den Heeresmassen gemessen, die im Weltkrieg entfaltet wurden, nicht stark sein. Auf der anderen Seite sind aber auch die Ententeverbündeten auf ungarischem Boden durch den Weltkrieg äußerst geschwächt, und die Entente selbst kann auch nicht mit großen Massen auftreten.

So bedeuten die Vorgänge in Ungarn für die Entente eine nicht geringe Verlegenheit. Es hat sich gezeigt, daß die Diktatopolitik, die sie gegenüber dem einstigen Mittelmachtkomitee treibt, dem Bolschewismus, den sie so sehr fürchtet, geradezu in die Hände arbeitet. Dazu gefallen sich die Schwierigkeiten, die mit Italien entstanden sind. Italien steht im Begriffe, von der Entente abzuspringen, wenn nicht seine Ansprüche auf die Ostsüdsee der Adria auf Kosten der Südslaven befriedigt werden.

Wenn sich die Entente nicht noch in letzter Stunde zu ehrlichen Verhandlungen mit ihren bisherigen Gegnern entschließt, deren einziges Ziel die Ausrichtung eines dauernden Friedens nach den Grundsätzen Wilsons — und der internationalen Sozialdemokratie — sein muß, dann ist nicht abzusehen, wie dem Verhängnis noch gewehrt werden soll. Die unglückselige Geheimdiplomatie der Entente bedroht ganz Europa mit der schlimmsten Katastrophe, und es ist ein geringer Trost, daß Frankreich und England in diese Katastrophe ebenso unrettbar versinken würden wie die Reste des alten Mittelmachtkomitees. Ungarn ist ein Warnungszeichen, das den Ententeimperialisten zeigen müßte, daß es so nicht weiter geht. Wenn noch Zeit zur Besinnung ist, so ist es jedenfalls höchste Zeit!

Die politischen Grenzen.

Wien, 24. März.

Die von der Entente beschlossene neue Besatzungsarmee in Ungarn, deren Grenzlinien in einer von Oberstleutnant Bix dem Grafen Karolyi überreichten Note der Entente im einzelnen be-

stimmt werden, bedeutet ein Verschieben der Alliierten, insbesondere der rumänischen Truppen, auf 230 Kilometer Länge um etwa 80 Kilometer westwärts. In diese Zone fallen außer dem ganzen Bihar Komitat die bedeutenden Städte Arad, Szegedin, Großwardein und Debreczin, welche, weil mit der neuen Zone auch die politische Grenze festgelegt wird, für Ungarn verloren gehen würden. Es würde hierdurch ein Gebiet von etwa 2½ Millionen Menschen von Ungarn losgerissen und Ungarn in der Hauptsache auf das Land zwischen Donau und Theiß und auf das mittlere Theiß-Tal beschränkt werden. Die Note besagt weiter, daß der Rückzug der ungarischen Truppen hinter der Westgrenze der neutralen Zone, am 23. März beginnend, innerhalb von höchstens 10 Tagen beendet sein muß, nach deren Ablauf die rumänischen Truppen ihre Linien verschieben sollen. Das Kriegsmaterial in der neutralen Zone wird der ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt. Das Eisenbahn- und Wirtschaftsmaterial muß bis auf weitere Entscheidung auf dem Platze bleiben. Die bürgerliche Verwaltung soll in der neutralen Zone unter Kontrolle der Alliierten in der Hand der ungarischen Regierung bleiben, ungarische Gendarmerie und Polizei soll die Aufrechterhaltung der Ordnung sichern.

Karolyis Proklamation.

Die Proklamation Karolyis an das ungarische Volk, die wir bereits im Auszuge wiedergaben, lautet, wie das Ungarische Korrespondenzbureau meldet, folgendermaßen:

An das Volk Ungarns!

Die Regierung hat gedankt. Jene, welche bisher auf Grund des Volkswillens und mit Unterstützung des ungarischen Proletariats regiert haben, haben eingesehen, daß die zwingende Gewalt der Verhältnisse einen neuen Kurs fordert. Die Produktionsordnung kann nur dann gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht übernimmt; nebst der drohenden Anarchie in der Produktion ist auch die außenpolitische Lage Ungarns eine kritische. Die Pariser Friedenskonferenz hat im Geheimen dahin entschieden, daß sie beinahe das ganze Gebiet Ungarns militärisch besetzen will. Die Ententemission erklärte, daß sie die Demarkationslinie fortan als politische Grenze betrachte. Die scharfen Besitzungen des Landes verfolgen offenbar den Zweck, daß man Ungarn zum Aufmarsch- und Operationsgebiet gegenüber der rumänischen Grenze kämpfenden russischen Sowjetarmee machen will, das vor uns gerautete Land aber soll der Sold der rumänischen und tschechischen Truppen sein, durch welche man die russischen Sowjetarmee niederringen lassen will.

Ich als provisorischer Präsident der ungarischen Volksrepublik wende mich gegenüber der Pariser Friedenskonferenz an das Proletariat der Welt um Gerechtigkeit und Unterstüzung. Ich danke ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns.

gez. Karolyi.

Ein Ministerium Garbai.

Budapest, 24. März. (Korr.-Bureau.)

Infolge der Demission der Regierung hat der Arbeiterrat von Budapest die Regierungswelt übernommen und einen interimistischen revolutionären Regierungsrat gebildet, dessen Mitglieder den Titel Volkskommissare führen. Das Präsidium übernimmt Garbai, Volkskommissar für Finanz ist Eugen Borda, Neueres Bela Kuhn, Krieg Josef Bogany, Sozialisierung Wilhelm Böhm. Die Regierung hat über Budapest und über das ganze Land das Standrecht verhängt.

Ruhe in Budapest.

Budapest, 24. März.

Hier herrscht vollkommen Ruhe und Ordnung. Die Straßen zeigten lebhafte Treiben, da die meisten Betriebe feierten. Allenhalben sieht man Plakate mit der Aufschrift: „Es lebe die Proletarierregierung.“ Andere Plakate fordern zur Ordnung und Arbeit auf. Zahlreiche Geschäfte und sämtliche Banke sind gesperrt. Die Ordnung wird von Militär und der Volkswehr aufrechterhalten. Die revolutionäre Regierungsrat erließ eine Verordnung, in der das Waffenverbot ausgeschlossen und die Übertretung der Verordnung mit fünfjähriger Zuchthausstrafe und 50 000 Kronen Geldstrafe bestraft wird. Auch aus allen Teilen des Landes laufen

Telegramme ein, nach denen überall die größte Ordnung und Ruhe herrscht.

Wien, 24. März. (P. A. T.) Die Zeitungen lenken die Aufmerksamkeit auf die bezeichnende Tatsache, daß die Funkenverständigung zwischen dem ungarischen Kommissar Kuhn und Lenin im Laufe von 20 Minuten erfolgt ist.

Wien, 24. März. (P. A. T.) Das „Deutsche Volksblatt“ meldet aus Budapest, daß Tarnopol vom 21. März an telegraphisch von Budapest abgeschnitten sein soll und russische Truppen sich der Stadt nähern.

Eine Wiener Kundgebung.

Wien, 24. März.

Das Korrespondenzbüro meldet. Am Sonntag vormittag veranstalteten die Kommunisten eine Manifestation, um dem ungarischen Proletariat die Sympathie zu beweisen. Die Manifestation war zugleich eine große Demonstration gegen die Entente. Der Führer derselben verlas ein von den ungarischen Kommunisten aufgegebenes Telegramm, in dem solidarisches Vorgehen des Proletariats Deutsch-Österreichs mit dem ungarischen Proletariats gefordert wird. Um 3 Uhr nachmittags fand vor dem Rathaus eine Versammlung der Kommunisten statt, an der sich auch Soldaten beteiligten. Es wurden rote Fahnen mit Aufschriften: „Die ganze Macht den Arbeitern, Bauern und Soldaten“ getragen. Es sprachen auch ein bayrischer und ein Berliner Delegierter. Es wurde eine entsprechende Entschließung gefasst. Die Ruhe wurde nicht getrübt.

Zur Landung polnischer Truppen in Danzig.

Von den Verhandlungen in Spa.

Über die bereits telegraphisch gemeldeten Verhandlungen in Spa, die Landung der polnischen Truppen in Danzig betreffend, entnehmen wir dem „P. A. T.“ den nachstehenden zusammenfassenden Bericht:

In der Vollstzung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 19. März teilte Nudant mit, daß die Entente den deutschen Vorschlag ablehnte, die polnischen Truppen statt in Danzig in Königsberg, Memel oder Libau zu landen. Die interalliierte Kommission in Warschau sei vielmehr beauftragt worden, alle Vorbereitungen für die Landung der Truppen in Danzig zu treffen. Die deutsche Regierung werde zu diesem Zweck erucht, den Mitgliedern der Kommission die dazu nötige Verkehrsfreiheit einzuräumen.

General v. Hammerstein wies darauf hin, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in vorliegender Frage wiederholt kundgegeben hat. Artikel XVI des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 gebe der Entente nicht das Recht, die Landung der polnischen Truppen in Danzig zu fordern. Aber abgesehen von der Auslegung dieses Artikels würde die Landung der polnischen Truppen Unruhe unter der Bevölkerung östlich der Weichsel hervorrufen, was dem Geist dieser Bestimmung des Waffenstillstandsvertrags widerspreche. Aus zahlreichen Mitteilungen gehe hervor, daß die dortige polnische Minderheit die Landung als Signal betrachten werde, um mit Unruhen und Auseinandersetzung zu beginnen. v. Hammerstein fuhr fort: „Die deutsche Regierung hat mich offiziell ermächtigt, zu erklären, daß sie eine Landung polnischer Truppen in Danzig nicht wünscht. Demgemäß ist es auch nicht erforderlich, daß alliierte Offiziere die Frage dieser Landung in Danzig prüfen. Das Anerbieten wegen der östlichen Memel, Libau, Königsberg bleibt bestehen.“

Nudant erwähnte, die vorgebrachten Gründe für die Ausschaltung Danzigs können von den Alliierten nicht angenommen werden.

General v. Hammerstein betonte, daß gegenwärtig in Danzig und Westpreußen Nähe herrsche. Eine Notwendigkeit, in Danzig Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu landen, könne also nicht anerkannt werden. Die deutsche Regierung habe angeordnet, daß sämtliche Fragen betreffend die Landung polnischer Truppen in Danzig durch die Waffenstillstandskommission in Spa erledigt werden, wie dies Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 vorsieht.

General v. Hammerstein überreichte Nudant in der Sitzung der Waffenstillstandskommission

vom 20. März eine Note, in der seine am 19. März mündlich angegebenen Erklärungen über die Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig schriftlich bestätigte und ergänzte. Die deutsche Regierung bestätigte, wie es in der Note u. a. heißt, auf ihrem Recht, die Angelegenheit nicht von der interalliierten Kommission in Warschau, sondern von der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa behandeln zu lassen. Die deutsche Regierung könne keinesfalls die Landung in Danzig und den Durchzug der polnischen Truppen durch das national gemischte Land zulassen. Nicht nur die Rechtslage spreche in diesem Falle unbedingt zugunsten der deutschen Auffassung, sondern die von den Alliierten geforderte Landung in Danzig würde auch außerdem zu Ergebnissen führen, die zu den von der Entente wiederholt gegebenen Versicherungen im Gegensatz stehen. Die Entente behauptet, sie möge in den östlich der Weichsel gelegenen deutschen Gebieten ausschließlich die Ordnung erhalten und neues Blutvergießen vermeiden. Die von ihr geforderte Maßnahme würde aber die in diesen Landstrichen jetzt herrschende Ruhe stören, indem das Auftreten der polnischen Truppen zum Versuch gewalttäglicher Unterdrückung der unzweifelhaft deutschen Mehrheit in Westpreußen führen würde. Unter diesen Umständen könne die deutsche Regierung der Forderung nicht zustimmen, alliierte und polnische Offiziere in den Gebieten östlich der Weichsel unbeschränkt und unbeaufsichtigt reisen zu lassen. Es gebe keinen Paragraphen, der Deutschland dazu verpflichtet. Die deutsche Regierung sei jedoch bereit, das Auerstädt zu tun. Sie werden jeden Einzelfall bereitwillig prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Reisen zu bestimmten begrenzten Zwecken ohne Gefahr für die öffentliche Ordnung zugelassen werden können.

Von Hammerstein fügte mündlich noch hinzu, daß unter den zuletzt angeführten Gesichtspunkt die von den Alliierten geforderte Reiseerlaubnis für Alliierte Offiziere in dem gesamten Gebiet östlich der Weichsel einschließlich des von der Deutschen besetzten, ehemals russischen Gebiets falle, wo diese Offiziere nach einer Erklärung Nudants die Lage des Bolschewismus prüfen sollten.

Nudant nahm die Note mit der Bemerkung entgegen, er werde sie sofort noch übermitteln. Die Note habe den Vorzug klar zu sein, indem sie die deutliche kategorische Ablehnung aller Vorschläge und Forderungen der alliierten und assoziierten Regierungen enthalte. Sie schaffe somit eine tatsächliche Lage, die in entsprechender Weise handelt werden würde.

Paris, 24. März. (P. A. T.)

Der „Tempo“ schreibt: Der Oberste Rat der Verbündeten wird die Montagsitzung ausschließlich der polnischen Angelegenheit widmen. In dieser Sitzung wird auch die endgültige Entscheidung in der Frage der Divisionen Hallers fallen, deren Landung in Danzig die deutsche Regierung abgelehnt hat, indem sie statt Danzig, Königsberg, Libau oder Memel vorschlug. In dieser Angelegenheit werden militärische Sachverständige angehört werden. Die Vertreter der Großmächte werden außerdem einen Bericht der Kommission erhalten, die zur Festlegung der polnisch-schlesisch-slowakischen Grenze nach Teschen entsandt worden ist.

Deutsche Proteste.

Posen, 24. März. (P. A. T.)

Die deutschen Berufsverbände, öffentlichen Institutionen und städtischen Behörden verschiedener preußischer Städte wie Graudenz, Thorn, Strasburg u. a. senden weiterhin an Wilton, an die Nationalversammlung in Weimar, an die Waffenstillstandskommission in Spa und an die Regierung in Berlinflammende Proteste gegen die Vereinigung deutscher Gebiete mit Polen.

*
Posen, 24. März. (P. A. T.) Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ meldet man aus Bochum in Westfalen, daß die polnischen Bergleute und Fabrikarbeiter aus dem westfälischen Kohlengebiet in Scharen nach Polen auswandern. Vor einigen Tagen ist ein Zug mit 1600 Rückwanderern nach Bochum abgegangen.

Rom, 24. März. (P. A. T.) Die Agentur Sestini meldet: Der italienische König ernannte General Dowbor-Musnicki zum Großoffizier der italienischen Krone.

Wenn Deutschland ablehnt...

Verhandlungen mit Lokalbehörden.

Das Bureau „Europa Pres“ meldet: Der Korrespondent des „Temps“ in Weimar hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister David, der als deutscher Friedensverleger nach Paris gehen soll. David sagte, die Aufgabe, die ihm zufalle, habe nichts Angemessenes, um so mehr, als man unter dem Eindruck der in Paris gegen Deutschland getroffenen wirtschaftlichen und politischen Misshandlungen stehe, die gegen das Programm Wilsons verstößen würden. Er, David, hoffe, daß das Gerechtigkeitsgefühl die Alliierten abhalten würde, einen Gewaltfrieden zu dictieren. Deutschland wollte einen Neutralismus, entsprechend dem Programm Wilsons, der als Grundlage für einen Weltfrieden dienen soll. Bejahtlich der deutschen Kolonien erklärte David, die Wegnahme des deutschen Kolonialbesitzes, der in seiner Größe in seinem Verhältnis zu dem energischen und französischen Kolonialreich steht, würde dem Wilsontschen Grundzuge einer freien, aber in durchaus unabhängiger Weise zu treffenden Vereinbarung über alle kolonialen Forderungen nicht entsprechen. Nach 1870 habe Bismarck die Schaffung eines großen französischen Kolonialreiches nicht verhindert. Jetzt liege es im Interesse Frankreichs, Deutschland die Wiederaufnahme seiner wirtschaftlichen Tätigkeit zu erleichtern und nicht einen Herd der Unruhen zu schaffen. Auf die Frage, ob Deutschland in den 14 Punkten Wilsons unangiebig sein werde, antwortete er: „Keine deutsche Regierung wird es unternehmen, daß politische und wirtschaftliche Todesurteil Deutschlands zu unterzeichnen. Das gleiche wird der Fall sein, wenn die Bedingungen eine langsame Eröffnung der Kräfte des Landes vorbereiten sollten.“

Die öffentliche Meinung in Frankreich längt an, sich mit der Frage zu beschäftigen, was geschehen soll, wenn Deutschland sich weigert, die Pariser Bedingungen anzunehmen. Im allgemeinen nimmt man solche Drohungen nicht ernst, aber ein Artikel des Freiherrn v. Richthofen im „Berliner Tageblatt“ mit dem Vorschlag der Volksabstimmung scheint Eindruck gemacht zu haben und wird als Zeichen beginnenden Widerstandes gedeutet. „Petit Parisien“ nennt den Artikel einen Expressionsversuch. Der „Temps“, der sich vor einiger Zeit die Frage vorlegte, mit welchen Haltoren in Deutschland die Verbündeten verhandeln sollen, hat jetzt die Lösung des Problems gefunden. Er meint, daß bei dem fluktuierenden Zustande der inneren deutschen Politik die Unterchristi irgend eines Brockdorff oder Scheidemann keinen bindenden Wert habe. Deshalb sollten die Alliierten über die Köpfe dieser vergänglichen Kompanien hinweg mit dem eigentlichen deutschen Volke verhandeln. Das Blatt meint: „Die Regierung in Weimar droht, den Frieden nicht zu unterzeichnen? Dann werden die Verbündeten gezwungen sein, in jeder deutschen Region die lokale Behörden anzuvisieren, um mit denen besondere provisorische Verträge abzuschließen. Es ist undenkbar, daß die Bevölkerungen, die Lebensmittel und Rohstoffe wünschen, benachteiligt werden, nur weil einige Politiker in Nachahmung Trotskis sich weigern, die Feder in die Linie zu tauchen. Glücklicherweise gibt es in verschiedenen Gebieten Deutschlands politische und soziale Organisationen, mit denen die Verbündeten verhandeln können. Dazwischen gehören die katholischen Verbände, die im Rheinland großen Einfluß haben. Wenn wir eine offene und weiterhängende Politik treiben, die deutsche Nationalität rezipieren, den Einwohnern wirtschaftlichen und moralischen Wohlstand sichern, wie das preußische Regime ihnen nie gewähren kann, so würden wir ein dauerhafteres Werk erreichen, als jüngst Brockdorff sein könnten.“

Ein Protest gegen französische Absichten auf Kehl.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Bei der Beratung des neuen Verfassungsentwurfes in der badischen Landesversammlung führte der Minister des Innern, Dr. Haas, aus: Wir werden in jeder Weise dagegen protestieren, daß das badische Gebiet von Frankreich anerkannt wird. Wir haben Grund, anzunehmen, daß Frankreich die Absicht hat, das Kehler Gebiet zu annexieren. (Lebhafte „Hört! Hört!“ und „Niemals!“) Wir haben vor aller Welt dagegen protestiert, daß dieses Land, in dem kein Mensch anders als deutsch spricht, von Deutschland abgetrennt wird. Im „Journal“ wurde dieser Tag anerkannt, es sei richtig, daß Kehl deutsch sei, der Kehler Hof müsse aber in irgend einer Form an Straßburg angegliedert werden. Das ist uns ein Beweis, daß es sich um einen Raubzug handelt. (Sehr richtig!) Wir werden immer dagegen protestieren. Französische Blätter haben, entgegen den Waffenstillstandsbedingungen und den 14 Punkten Wilsons, die Absicht geäußert, den Rhein von Basel bis Mannheim dauernd unter französische Kontrolle zu stellen. (Lebhafte „Hört! Hört!“ und „Niemals!“ auf allen Bänken des Hauses.) Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreichs Verhalten nicht dem dauernden Frieden dient, sondern darauf hinausläuft, die Völker in einem Unglück zu stürzen, und dagegen müssen wir vor der ganzen Welt protestieren. Wenn Frankreich auf seinem Anspruch beharrt, müssen wir vor der ganzen Welt sagen: „Wir

finden belogen und betrogen worden!“ (Lebhafte Beifall im ganzen Hause)

Der Plan der Neutralisierung Deutsch-Oesterreichs.

Wie in Wiener parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist Ministerpräsident Professor Lammash in Paris eingetroffen. Professor Lammash soll Aufschluß über Deutschösterreich und die Nationalstaaten geben. Über den Plan der Neutralisierung Deutschösterreichs werden noch Einzelheiten mitgeteilt: Wenn Deutschösterreich auf den Vorschlag eingehe und auf den Anschluß verzichte, so wäre die Möglichkeit gegeben, seine Finanzen zu ordnen. Die Eisenbahnen, die von Norden nach Süden führen, sollen internationalisiert werden; ebenso wird die Regelung des Schiffsverkehrs übernommen. In einer Donauföderation ist aber dabei nicht gedacht. Die Entente würde dafür sorgen, daß die Wirtschaftsfrage gelöst, die Versorgung mit Lebensmitteln und Kohlen gesichert würde. In Wien wird zu diesem Zweck eine Kommission eintreffen, um diese Pläne zu prüfen. Die Ausführbarkeit an das Deutsche Reich wird in klarer Weise abgelehnt. Die Frage soll dem Völkerbund vorbehalten bleiben.

In den letzten Tagen ist wiederholt über eine Schwenfung Italiens in der Anteilnahme berichtet worden. Diese leichte Nachricht entbehrt jeder Begründung. Die Haltung Italiens hat in dieser Hinsicht keine Änderung erfahren, und man sieht in Rom nach wie vor dem Gedanken des Anschlusses freundlich gegenüber.

Särgung in Aegypten.

Reuter meldet: Die letzten Nachrichten aus Aegypten zeigen, daß die Lage sich verschärft hat und jetzt zweifellos ernst ist. Eine Anzahl bewaffneter Beduinen ist von Westen her in Unterägypten eingedrungen und begeht dort Blutdürderungen. In einigen Dörfern weht die türkische Fahne. Die Lage wird nicht als bedrohlich im militärischen Sinne erachtet, sagt Reuter, und man glaubt, daß man ihrer bald Herr werden wird.

Bei einem Zusammenstoß eines Panzerautomobils mit Demonstranten wurden 13 Demonstranten getötet und 27 verwundet. Am 14. März wurde in Alexandria die Menge durch Militär auseinandergetrieben. Es kam nicht zu Ausschreitungen. Wie gemeldet wird, haben auch in der Provinz Kundgebungen stattgefunden. Teilweise verließen diese friedlich, zum Teil mußte Militär einschreiten.

Die Grenzen der Türkei.

Zürich, 24. März. (P. A. T.)

Die italienische Zeitung „Perseverenza“ meldet, daß die Frage der Grenzen der Türkei in folgender Weise geregelt werden wird: Es wird ein arabischer Staat gebildet werden, zu dem auch Mesopotamien gehören soll. Dieser Staat wird unter der Aufsicht Englands stehen. Außerdem fordert England im Interesse eines freien Zugangs nach Aegypten Palästina, das eventuell neutralisiert werden wird. Armenien soll Selbständigkeit erlangen. Konstantinopel und der neu gebildete türkische Staat werden unter der Aufsicht des Völkerbundes stehen. Die westliche Küste Kleinasiens wird Griechenland zufallen, der übrige Teil Kleinasiens Italien.

Ein Zionistenstaat unter englischer Führung.

Die in Berlin erscheinende „Jüdische Rundschau“ vom 11. März bringt, wie P. A. T. meldet, in einer Londoner Meldung einen Bericht des englischen Zionistenführers Dr. Weizman über die Verhandlungen der Friedenskonferenz in Paris mit der Zionistischen Delegation. Dadurch ist die Forderung der jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina von den Vertretern Englands, Frankreichs, Amerikas und Italiens an der Pariser Konferenz angenommen und die zionistischen Forderungen einer Kommission zur Bearbeitung der Einzelheiten überwiesen worden. Diese Forderungen sind im wesentlichen: Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina unter Souveränität des Völkerbundes. England als Mandat dieses Völkerbundes soll die Bildung einer jüdischen Selbstregierung durch weitestgehende Maßnahmen in die Wege leiten.

Die Vertrag wurde eingeleitet durch eine Rede des russischen Zionistenführers Sokolow, welcher das historische und moralische Recht des jüdischen Volkes auf Palästina nachwies. Die Forderungen wurden von den übrigen Zionistenführern der Entente mit warm unterstützt. Auf einen Einwurf Parisis, was denn unter einem nationalen Heim zu verstehen sei, erwiderte Weizman, die Zionisten forderten Bedingungen, die es zunächst jährlich etwa 60 000 Jüden ermöglichen, in Palästina einzuzwandern, sowie eine Weiterentwicklung der Kolonisation, Sprache, Schule und Verwaltung, die dazu führen, daß Palästina jüdisch werde. Er schloß mit der Forderung: Palästina den Juden, wie England den Engländern, Amerika den Amerikanern.

Die feierliche Amtseinsetzung des Pastors Th. Pazer als Rektor des Diakonissenhauses, Pulnostraß 12, wird heute früh in der Amtskapelle von Sr. Hochwürden dem Herrn Generalsuperintendenten J. Bursche unter Assistenz von mehreren Geistlichen vollzogen werden.

Mariä Verkündigung. Die katholische Kirche feiert heute den Tag der Verkündigung Mariä. Es ist eins der größeren Marienfeste, das, weil es biblischen Grund hat, auch von Luther beibehalten war; allmählich ist es in der evangelischen Kirche ganz abgekommen. Der Feiertag gilt der Ankündigung der Geburt

Eine bessarabische Republik.

Krasau, 24. März. (P. A. T.)

Der „Gaz“ bringt eine Mitteilung der Zeitung „Podlastij Kraj“ aus Mohilew, wonach in Chotin die bessarabische Republik ausgerufen und ein Directorate gewählt worden sei. An die Spitze des Directorate ist B. I. getreten. Das Directorate hat den Kampf mit den rumänischen Okupationstruppen begonnen. Führer der aufständischen Armee ist Helman Filipczuk. Eine Abteilung unter der Führung von Kunicki verdrängte die rumänischen Truppen in Richtung Largi. Eine zweite aus ukrainischen Freiwilligen aus der Bukowina und aus Galizien bestehende Abteilung besetzte Sadagora. Das bessarabische Directorate hat einen Aufruf erlassen, in dem es bekanntgibt, daß es das große Werk der Befreiung Bessarabiens vom rumänischen Joch unternommen habe.

Die Ukraine in der Hand der Bolschewiki.

Posen, 24. März. (P. A. T.)

Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgendes Telegramm von Reuter: Die Bolschewiki besetzen nach schweren Kämpfen mit französischen Truppen Cherwon und Odessa. Die dort verbliebenen deutschen Besatzungen nahmen an den Kämpfen angeblich keinen Anteil. Die ganze Ukraine ist zur Zeit in den Händen der Bolschewiki.

Lokales.

Lodz, den 25. März.

Einberufung von Offizieren.

Uns geht nachstehender Befehl zur Veröffentlichung zu:

Der Minister für Heeresangelegenheiten Lesiewski veröffentlicht nachstehenden Befehl:

Auf Grund des Statuts vom 7. März 1919, das im Gesetzblatt des Polnischen Staates Nr. 22 vom 8. März 1919 veröffentlicht wurde, berufe ich alle Offiziere polnischer Nationalität, die im ehemaligen Königreich Polen und im ehemaligen Galizien wohnhaft sind, und in den Jahren 1896, 1897, 1898, 1899, 1900 und 1901 geboren sind, zum aktiven Militärdienst ein.

Dieser Befehl betrifft alle diejenigen, die den Offiziersrang besitzen, ohne Rücksicht darauf, in welchem Heere er errungen wurde: in den polnischen Legionen, im polnischen Hilfskorps, in den aus der russischen Armee ausgeschiedenen polnischen Formationen, und den Armeen der ehemaligen Teilungsmächte. Er betrifft auch diejenigen, die z. B. wegen Mangel an allgemeinem Bildungszeugnis in die polnische Armee nicht eingereicht wurden.

Die durch diesen Befehl Verhüten melden sich am 28. März d. J. bei dem Evidenzoffizier des Kreises, in dem sie wohnhaft sind, bzw. bei dem gehörigen Kriegs-Ergänzungskommando, wo sie registriert werden. Mitzubringen sind alle Dokumente, aus denen sich der Geburtsstag und der Besitz des Offiziers-Ranges feststellen läßt. Die Listen der registrierten Offiziere werden zusammen mit den abgegebenen Dokumenten dem gehörigen Kreis-Ergänzungskommando zur Verfügung gestellt werden, die zum 31. März die ärztliche Untersuchung der Einberufenen anordnen wird. Die von der Kommission für den Frontdienst für tauglich befundenen werden unverzüglich an die Sammelstationen abgeschoben werden, und zwar die im ehemaligen Königreich Polen auf dem linken Ufer der Weichsel wohnhaften nach Warschau, auf dem rechten Ufer wohnhaften in Lublin, in Galizien nach Kamiensk bei Petrikau. Die für untauglich befundenen werden nach ihrem Wohnort zurückgekehrt werden.

Wer von den durch diesen Befehl zum aktiven Heeresdienst Einberufenen sich zum festgesetzten Termin bei dem Evidenz-Offizier nicht meldet oder zu der von dem Kreis-Ergänzungskommando für den 31. d. M. anberaumten Untersuchung nicht erscheinen wird, ohne nachweisen zu können, daß dies ohne sein Verschulden nicht geschehen ist, wird des Offiziersrangs verlustig geben.

Auf Grund dieses Befehls teilt das Kreis-Ergänzungskommando den Einberufenen mit, daß die ärztliche Untersuchung am Montag, den 31. März, um 3 Uhr nachmittags im Recruitierungslöfle, Sienkiewiczastraße 5, Erdgeschoss, die Registratur dagegen im Büro des Kreis-Ergänzungskommandos in derselben Straße im Hause 5, 1. Stock, stattfinden wird.

Die außerhalb von Lodz Wohnenden können sich bei den Evidenzoffizieren in Bielitz, Tuszyn, Łask und Brzeziny melden, zur Untersuchung müssen sie jedoch nach Lodz kommen.

Die feierliche Amtseinsetzung des Pastors Th. Pazer als Rektor des Diakonissenhauses, Pulnostraß 12, wird heute früh in der Amtskapelle von Sr. Hochwürden dem Herrn Generalsuperintendenten J. Bursche unter Assistenz von mehreren Geistlichen vollzogen werden.

Mariä Verkündigung. Die katholische Kirche feiert heute den Tag der Verkündigung Mariä. Es ist eins der größeren Marienfeste, das, weil es biblischen Grund hat, auch von Luther beibehalten war; allmählich ist es in der evangelischen Kirche ganz abgekommen. Der Feiertag gilt der Ankündigung der Geburt

Christi: Lukas 1, 26–38 und ist als Marienfest in Konstantinopel seit 624, in Rom seit Papst Sergius I. (687–701) bezeugt. Maria Verkündigung ist ein Frühlingsfest, voll doch nach einer alten Bauernregel an diesem Tage der Storch heimkehren. In diesem Jahre wird es aber wohl noch bleiben lassen!

Der heutige Samstag. Heute findet auf den Straßen unserer Stadt eine Sammlung zugunsten des Hilfsvereins für unbemittelte Schüler der Höheren Real- und Handelschule der Lodzer Kaufmannschaft statt.

Polen und die Entente. Gestern traf in Lodz das Mitglied der polnischen wirtschaftlichen Delegation beim Polnischen Obersten Nationalkomitee in Paris Herr Doermann ein. Um 3 Uhr nachm. hielt er in der Sektion der Textilindustrie in Gegenwart von 100 Kaufleuten und Industriellen einen Vortrag. Herr Doermann berührte darin die politischen und die wirtschaftlichen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Aufbau Polens stehen. Die Entente bringt Polen großes Interesse entgegen und sei bemüht, sie in jeder Hinsicht zu unterstützen. Die Aussichten seien für Polen sehr günstig. Der Vorsitzende machte die Anwohner mit den Arbeiten der einzelnen Kommissionen bekannt, die bei der erwähnten Delegation in Paris tätig sind. Unter anderem wies er darauf hin, daß sich gegenwärtig in England ein englisch-polnischer Trust mit einem Kapital von 300 Millionen Franken bildet. Die Hälfte dieser Summe soll von polnischen Industriellen beigesteuert werden. Der Trust will Polen mit Rohstoffen, Maschinen usw. versorgen. Ferner will Amerika von ihrem zur Demobilisation bestimmten Beständen Polen verschiedene Waren zu billigen Preisen liefern. Herr Doermann berührte in seinem Vortrag verschiedene Kreditfragen, die eine glückliche Lösung finden werden. Der Vortrag dauerte etwa 3 Stunden.

Für Rückwanderer aus Russland. In Warschau hat sich ein Verband zum Schutz des Vermögens der Polen gebildet, die im ehemaligen russischen Reich Verluste erlitten haben. An der diesjährigen Tagung des Gründungsvorstandes dieses Verbandes nahm als Vertreter des Lodzer Verbandes der Fabrikanten und Kaufleute Herr Babicki teil. Der Verband hat den Zweck, der Friedenskonferenz in Paris einen Beifall auszuwirken, daß alle Verluste, die polnische Staatsangehörige in Russland erlitten haben, sei es durch revolutionäre Akte oder Verfügungen bolschewistischer Behörden als Kriegsverluste ersatzpflichtig sind. Der Verband befaßt sich neben der Registrierung der tatsächlichen Verluste auch mit der Verzeichnung des in Russland zurückgelassenen Eigentums polnischer Bürger. Der Vorstand des Verbandes befiehlt aus nachliegenden Herren: Senator Wolski, Fürst Druck-Lubecki, Graf Ostrowski, Warneck u. a. Der Verband wird in den nächsten Tagen dem Ministerrat und dem Reichstag eine entsprechende Denkschrift einreichen.

Kosciuszko-Jubiläum. Anlässlich des gestrigen 125. Jahrestages der Eidesleistung des polnischen Volkshelden Kosciuszko sandte die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat von Lodz in Händen des Vorsitzenden des Krakauer Festkomitees Bischofs Sapieha folgende Depesche: „Als Vertreter der an Zahl der Bevölkerung zweitgrößten Stadt im Lande, die hauptsächlich von der Arbeit der landlosen Arbeiter lebt, nehmen die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat den lebhaftesten Anteil an dem 125. Jahrestage der Eidesleistung des unvergesslichen Chefs, der mit einer 2000 Mann zählenden Armee den ungleichen Kampf mit den damals mächtigsten drei Reichen Europas annahm, im Laufe von drei Monaten ein 100 000 Mann zählendes Heer aufzustellen vermochte, und durch den Polanier Erlass den Bauern das Bürgerrecht verliehen hat, sie somit an 100-jährigem Jodge befreit. Alle Lodzer Bürger ohne Unterschied des Standes und des Glaubens sind im Gedanken des großen Nationalhelden bereit, nach seinem Beispiel für die Ungetreitheit der gegenwärtig an allen Grenzen bedrohten geliebten Republik Leben und Eigentum zum Opfer darzubringen.“

Das Liquidationsamt hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. An seiner Spitze steht Herr Grabiski als Vater und als Stellvertreter Herr Stefan Kosuth. Das Amt wird in den nächsten Tagen in allen größeren Ortschaften Polens, darunter auch in Lodz, Kommissionen zur Registrierung der Kriegsverluste ins Leben rufen.

Die neue Stadtverordnetenversammlung. Wie wir erfahren, ist die Rechtsfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung in Lodz durch die Behörde bestätigt worden. Die Stadtverordnetenversammlung tritt am Donnerstag, den 27. März, um 4 Uhr nachmittags, Pulnostraß 115, zusammen.

Die letzte Sitzung des alten Magistrats. Gestern abend fand die letzte Sitzung des bisherigen Magistrats statt. Der Vorsitz führte den ersten Bürgermeister Skulski.

Abendkurse im Rothertschen Gymnasium. Morgen, den 26. März, um 1/2 Uhr abends, spricht Herr Pastor Serini über Wirtschaftslehre.

Registrierung der Konsumgenossenschaften. Die Behörde zum Kompagnie mit dem Bucher und der Spekulation (Warschau, Przesloki 2) bietet sämtliche Konsumverbände und -vereine in Polen sowie Vereine, die Kooperativen ins Leben gerufen haben, um die sofortige Zusendung einer Abschrift der Statuten und der Geschäftsordnung.

Bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes wende man sich an die Geschäftsstelle, Petrifauer Straße Nr. 86, Haus Petersilge.

um ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und die Adresse des Vereins.

Prüfungen für Apothekerhilfen. Die Prüfungen zur Erlangung des Grades eines Apothekerhilfen werden vom 31. März bis zum 5. April in den Bürosäumen der pharmazeutischen Sektion des Ministeriums für öffentliche Gesundheit, Warschau, Ujazdowska Allee im Gebäude des Kadettenkorps, stattfinden. Anmeldungen werden in der Kanzlei der pharmazeutischen Sektion des Ministeriums für öffentliche Gesundheit vor dem 29. März entgegengenommen. Den Gefüchen muss bestanden werden: ein Schulzeugnis, ein vom pharmazeutischen Bezirkspfleger beglaubigtes Zeugnis über eine dreijährige Praxis, der Geburtschein, ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf, zwei Photographien sowie 40 Mark Prüfungsgebühren.

Zur Hebung der polnischen Kurz- und Badeort. Zwischen den Ministern für öffentliche Gesundheit, Verkehr sowie Industrie und Handel finden Beratungen statt, um den Reiseverkehr nach den politischen Bädern und Kurorten zu erleichtern. Der Vorschlag des Gesundheitsministeriums geht dahin, Kranken, die auch weniger begütert sind, bereits in der diesjährigen Badezeit zu ermöglichen, von den Erleichterungen der Fahrt nach Busk, Ciechocinek, Brynica, Radzi, Szczepanek und Naleczów Gebrauch zu machen.

Von der Straßenbahn. Unsere in Nr. 72 der "Lodzer Freie Presse" veröffentlichte Bitte an die Verwaltung der Loder Straßenbahn um Vermehrung der Zahl der Wagen der Linie 5 ist erfüllt worden: seit einigen Tagen verkehren die Züge auf dieser Linie mit je einem Anhänger.

Die Verwaltung der Straßenbahn hat in der letzten Zeit über dreißig Anwärter auf Schaffner- und Maschinistenstellen angehoben: 1) Druckpapier in Bogen, 2) Ränkelepapier in Blättern und Heften, 3) Karten und aus Karton hergestellte Gegenstände, 4) Papierwaren, 5) Papiergalanterie, 6) Schreibmaterialien, 7) Mundstückpapier, gerollt und in Bogen, 8) Packpapier, 9) Tapeten, 10) Schmuckpapier, 11) Bantes Seidenpapier, 12) Pergamentpapier, 13) Beichtenpapier.

Aufgehobene Beschlagnahme. Auf Grund des Dekrets vom 27. Januar 1919 wird die Beschlagnahme und Beschränkung des Verkehrs folgender Papierartikel aufgehoben: 1) Druckpapier in Bogen, 2) Ränkelepapier in Blättern und Heften, 3) Karten und aus Karton hergestellte Gegenstände, 4) Papierwaren, 5) Papiergalanterie, 6) Schreibmaterialien, 7) Mundstückpapier, gerollt und in Bogen, 8) Packpapier, 9) Tapeten, 10) Schmuckpapier, 11) Bantes Seidenpapier, 12) Pergamentpapier, 13) Beichtenpapier.

Lebensmittel-Ersatz. Gesuche um die Genehmigung zur Herstellung und zum Verkauf von Erzeugnissen, für Lebensmittel, Futtermittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs müssen an die staatliche Nahrungsmitteleinschaffungsstelle in der Panska-Straße 115 abgegeben werden.

Verbot des Tragens fremder Orden und Ehrenzeichen. Auf Befehl des Kriegsministeriums ist allen Militärs ohne Unterschied des Ranges und der Waffe verboten, Orden, Kreuze, Medaillen, Ordensbänder und sonstige militärische Abzeichen Russlands, Deutschlands oder der früheren Monarchie Österreich-Ungarns zu tragen. Zum Tragen zugelassen sind lediglich polnische Militärauszeichnungen.

Hygienische-Vorträge in den Schulen. In der am Sonnabend stattgefundenen Sitzung der städtischen Schulärzte wurde beschlossen, in allen Schulen Vorträge über Hygiene zu halten.

Kondensierte Milch. Die Verpflegungsdeputation verkauft amerikanische kondenzierte Milch zu 2 M. 75 Pf. für die Blüte. Kooperativen erhalten für 124 M. 50 Pf. eine Kiste mit 48 Büchsen.

Gegen die Judenverfolgungen. Ministerpräsident Wadrowski erließ nachstehenden Aufruf: Menschen bösen Willens, denen daran liegt, im neu entstehenden Polen Uneinigkeit und Wirren zu sätzen, verbreiten Gerüchte, daß die Misshandlung der Juden von den polnischen Sicherheitsorganen — der Polizei und dem Militär — geduldet würden. Diese Gerüchte haben den Zweck, leichtgläubige und unanwaltbare Elemente zur Unterstützung verbrecherischer Einzelner bei Misshandlungen, Gewalttaten und Plünderungen heranzuziehen.

Zu freien und unabhängigen Polen stehen alle seine Einwohner unter dem Schutz des Gesetzes, das in gleichem Maße auf alle, ohne Unterschied des Glaubens und der Herkunft, Anwendung findet. Die Regierung fordert daher alle zur Aufrechterhaltung der Ruhe und öffentlichen Ordnung auf und bemerkt, daß jeder, der aus eigenem Antrieb oder durch fremde Beeinflussung Überfälle, Gewalttätigkeiten, Räuberereien oder sonstige Ausschreitungen gegenüber der Sicherheit des Lebens und des Eigentums von Juden oder Christen verüben wird, bestraft und mit aller Strenge des Gesetzes bestraft werden wird.

Das nach der Sitzung der Invasion wieberstehende Polen soll zum Musterbeispiel eines rechtmäßig regierenden Staates werden. Sein

Name muß rein und von keinem Unrecht besetzt sein. Wer das vergibt, ist nicht wert, den ehrenvollen Namen eines freien Bürgers der freien Republik zu tragen.

Von der Rekrutierung. Gestern wurden 177 junge Männer untersucht. Davon wurden 75 für tauglich befunden, und zwar 40 Katholiken, 9 evangelische und 27 Juden; 2 wurden als untauglich entlassen und 100 (darunter 70 Schüler) für ein Jahr zurückgestellt. Gestern waren zwei Kommissionen tätig: eine untersuchte die Militärschützen, die andere prüfte die Gejagten.

Kunstausstellung. Wie wir erfahren wird, in den letzten Tagen beim heutigen Polizeipräsidium eine Ausstellung von allen Gemälden veranstaltet werden. Der Ertrag wird den Vertheidigern von Lemberg zugute kommen.

Kleine Nachrichten. Vorgestern wurden aus der Wohnung von Max Kohn in der Pulsnickstraße, 65 verschiedene Sachen im Werte von 10.000 M. gestohlen. — Im Dorfe Niska Wola, Gemeinde Czarnocin, drangen in das Haus der Eva Nada zwei mit Revolvern bewaffnete Banditen ein und raubten 270 Mark.

Eingelandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Aussichten unserer Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes nicht übereinstimmen. Eine Verantwortung für den Inhalt übernehmen wir nicht.

Um ein Denkmal.

Uns wird geschrieben:

Am 7./19. Juli 1874 starb zu Lódz im Alter von 70 Jahren der Lehrer und Kantor Gottfried Kirsch.

Er war nicht nur ein guter Pädagoge, sondern auch als Mensch hoher Achtung und Wertschätzung würdig. Schwer war sein Amt. Er lehrte und mahlte bis ins hohe Alter, gegen 200 Schüler beiderlei Geschlechts, täglich 6—7 Stunden, uneigennützig mit seltener Pflichttreue und Hingabe seines ganzen großen edlen Herzens. Als Religionslehrer führte er seine Schüler zu wahrer Gottesfurcht und Tugend. Und viele, die seine guten Lehren und Ermahnungen beherzigten, kamen zu Wohlstand und Ansehen. Viele duzendmal begleitete er als Kantor bei jedem Weiter die Leichen Unbemittelter unentgeltlich vom Alexanderhospital bis auf den alten Friedhof.

Und jetzt ruht er, bereits 45 Jahre, auf dem alten evangelischen Friedhofe, vorn rechts, neben seiner ihm im Tode vorangegangenen Tochter, Frau Krusche, welcher er ein schönes Denkmal setzte.

Er selbst aber ist vergessen. Kein Denkstein erinnert die Nachwelt an das tatenreiche Leben dieses edlen Mannes. Bis jetzt ist eine schwere Unterlassungslücke an diesem hochverdienten Manne begangen worden und ich glaube, es bedarf nur einer Anregung, daß alle seine ehemaligen Schülerinnen und Schüler, auch erwachsene Nachkommen schon Verstorbenen, in dankbarer Anerkennung der hohen Verdienste ihres Lehrers in läblichem Tun sich zusammen schließen werden, um ihm ein würdiges Denkmal zu setzen. Viele Wenig machen ein Biel, vereine Kräfte führen zum Ziel.

Die "Lodzer Freie Presse" hat sich bereit erklärt, für diesen Zweck Spenden entgegenzunehmen.

Ein Schüler des seligen Lehrers
Gottfried Kirsch.

Aus der Umgegend.

Babiowice. Rekrutenausbildung. Die Rekrutenausbildungskommission hat ihre Tätigkeit am 18. März in der Gemeinde Gurka Babiowice begonnen, diejalle in den Gemeinden Błonie, Widzew und Bączysław folgte und am Freitag, den 21. März, in der Stadt Babiowice und der Gemeinde Błonie beendet. Für diensttauglich wurden insgesamt 500 junge Leute bestimmt. In den Gemeinden wurden aus Gesundheitsgründen annähernd 30 Prozent entlassen, in Babiowice selbst bis 40 Prozent, davon zumeist Juden. Sehr beteiligt daß sich bei der Ausbildung der hiesige Rekrutenausbildungverein unter der Mitwirkung von Frau Dr. Schler und der Herren Skotz und Stożowski. Den Rekruten wurden Mittagessen und überzeugendes Magen und Wasche verabfolgt. Zu der Ausbildungskommission gehörte: Vorsitzender Unterleutnant Bojko, der stellvertretende Kreisommunistar Bączysław, Militäratzt Kumant und Kreisarzt Opaniewicz. Am 21. März war bei der Ausbildung der Kommandierende vom Bezirksbergungskommando Oberst Lachowicz zugegen.

Verhaftung. Montag vormittags wurde vor den Kreis- und Gendarmerie-Garnisonsanlagen ein gut gekleideter junger Mann, der zurückte gegen die Wachtäuscherhütten verteilte, von Militärpersönlichen verhaftet und in sicherer Gewahrsam gebracht. Es sammelten sich hierbei Menschenmassen an, unter denen Summen laut wurden, das es „unzulässig sei, Verhaftungen wegen jüdischer Ausruhe vorzunehmen“.

Karolofszky fuhr. Die Lebensmittelzentrale wird aus dem Pojazdu 100 Waggons Karofszky erhalten, die zu 4 Waggons täglich entstehen sollen. Die Karofszky werden an die Bevölkerung zum Preise von 6 Miat. der Bevölkerung verkauft werden.

Auf die nächsten Biwakarten werden 5 Pfund Brot und 3 Pfund amerikanisches Weizenmehl für die Person verabfolgt. Roggengemehl wird nicht verteilt.

Vom Ortschiffsausflug. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1918 78.073 Miat. 78 Pf., die Ausgaben: 1. Rangunterosten 100 M. 88 Pf.; 2. Verwaltung des Hafens für die Jugend 189 M.; 3. Verwaltung des Hafens am der Sw. Janstr. und des Waisenhauses 11. 180 M. 15 Pf.; 4. Lebensunterhalt



für die Kinder der Wysle an der Sw. Janstrasse Tuzynstrasse und des Waisenhauses 26. 373 M. 51 Pf. 5 Büchsen an die Sektion des Hilfsausschusses in Gurka Babiowice 16. 6. 0 M.; 6. Zusatz an den Kinderschutzbund 11. 6. 0 M. 42 Pf.; 7. an das Katholische Wysle 21. 6. 0 M.; 8. Zusatz an die evangelischen Anstalten 6. 245 M. 88 Pf. insgesamt 76. 016 M. 82 Pf. für 1919 verblieben 2056 M. 98 Pf.

— Einmalige Besteuerung der Mühlen. In Anbetracht der ungemeinlichen Einnahmen, die gegenwärtig Mühlenbesitzer zu verzeichnen haben, wurde in der in Polen abgehaltenen Sitzung des Kreistages beschlossen, von diesen eine einmalige Spitalsteuer zu erheben, und zwar von Windmühlen 100 Mark, von Wasser- und Dampfmühlen im Verhältnis zum Umsatz von 300 bis 5000 Mark.

— Umbenennung von Straßen. Die Stadtverwaltung hat die Niemietzstraße (Deutsche) in Sienkiewiczastraße und den Teil der Garncarna (Löper) Straße vom Dombrowski-Platz in Odanica (Daniger) Straße umbenannt, und den Beischluß gefaßt, den in Betracht kommenden Teil der Garncarnastraße mit der Wodnakastraße zu verbinden.

— Eisenbahnnachrichten. Die Züge nach Warschau gehen von der Station Babiowice ab: 12.21 mittags, 6.14 abends und 4.51 nachts (Schnellzug); nach Katowice: 3.15 nachm., 9.17 abends und 1.57 nachts (Schnellzug).

— Öffentliche Arbeiten. Das Komitee für öffentliche Arbeiten im Kreis Lask macht bekannt, daß Unternehmer für die Befestigung von Stein und Schutt für die Pflege der Chausseen im Lasker Kreis sich melden können. Angebote müssen bis zum 5. April im Büro der Kreisabteilung in Lask abgegeben werden. Zu der Bewerbung werden außer Privatpersonen auch Gemeinden und Autostationen zugelassen. Die Zulassung kann im ganzen oder für einzelne Chausseesträßen vergeben werden. Auf Grund der eingegangenen Angebote wird eine Inspektion in mindesten der Kreisangehörigkeiten veranlaßt werden. Kostenanschläge liegen im Büro der Kreisabteilung in Lask in den üblichen Bürostunden (9—3) an.

Aus Polen.

Warschau. Von der Presse. In Kürze wird in Warschau eine Wochenschrift "Kupiec i Przemyslowiec Polski" erscheinen. — Laut einer Verfügung des Ministers des Innern ist die Arbeiterzeitung "Robotnik Miejski" geschlossen worden.

— Studenten als Zeitungsvetakser. In den jüdischen Vierteln kann man russische Studenten beobachten, die Zeitungen verkaufen.

Dombrowa. Singejogene Zeitung. Im Dombrowa-Boden wurde eine mehrere Tausend Stück umfassende Ausgabe der Zeitung "Żołnierz-robotnik" die einen ausgeprägt kommunistischen Charakter trägt, konfisziert.

Lublin. Von der Presse. Dem "Kurier Warszawski" zufolge erscheint hier die Wochenschrift "Prawda komunistyczna".

Rücktritt des preußischen Kabinetts.

Berlin, 24. März. (P. A. T.) Die Zeitungen melden, daß das preußische Kabinett zurückgetreten sei und seine Portepeeilles dem Reichstag zur Verfügung gestellt habe.

Die Verluste der Verbündeten.

Paris, 24. März. (P. A. T.) Der "Petit Parisien" bringt eine Auflistung der Verluste der verbündeten Großmächte im Weltkrieg. Es stellt sich heraus, daß Frankreich am meisten gelitten hat, denn es hat 20.4% Truppen aufgestellt und hatte 3.7% an Toten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. England steht an zweiter Stelle was die Verluste, an dritter aber was die Zahl an Mobilisierten betrifft. Italien steht bezüglich der Verluste an dritter, bezüglich der Mobilisierten an zweiter Stelle. Die Vereinigten Staaten hatten 4.1% Mobilisierte und 0.13% Verluste.

Ez-Kaiser Karl.

Wien, 24. März. (P. A. T.) Der ehemalige Kaiser Karl von Österreich-Ungarn ist nach der Schweiz abgereist.

Die Entente und die Lage in Ungarn.

Paris, 24. März. (P. A. T.) "Echo de Paris" meldet, daß der Rat der Zehn sofort Gegenmaßnahmen in Ungarn treffen werde. 2 französische und mehrere serbische Divisionen sowie die rumänische Armee würden den Ereignissen die Stirn bieten können.

Paris, 24. März. (P. A. T.) Es ist höchstwahrscheinlich, daß die Entente die militärische Okkupation Ungarns beschließen wird.

Aus Wien wird gemeldet, daß eine von Trotski aus ungarischen Kriegsgefangenen gebildete bolschewistische Armee marschbereit an der Grenze Ungarns stehe.

Warschauer Börse.

	Warschau, 24. März.	22. März.
6% Oblig. der Stadt	24. März	22. März
Warschau 1918/19	194.25—00	194.50
6% Obl. d. St. Warsch.	—	—
1917 auf M. 100	—	—
5% Obl. der Agrarb.	—	—
Bant auf M. 100	—	—
4½% Pfandbriefe der	—	—
Agrarb. A. und B.	183.50—75	184.00—25—00
4½% Pfandbriefe der	—	—
Agrarb. A. und B.	184.00—25	184.50—25—00
5% Pfandbriefe der St.	—	—
Warschau auf M.	—	—
3000 und 1000	193.50—75—75	190.75—191.00
4½% Pfand. der St.	—	—
Warschau auf M.	—	—
3000 und 1000	177—178	175—176
Parentubel 100-er	—	124.00—25
500-er	—	25—50
Dumarubel 1000-er	71.25	72—71—70.50
Dumarubel 250-er	—	—
Kronen	50.70—75—80	50.70—75—80
	—85	85—90

Briefkasten.

W. A. 21. Nach dem Wehrpflichtgesetz sind nur Volksschullehrer von der Wehrpflicht befreit. Ob Volksschullehrer, die an Mittelschulen angestellt sind, dasselbe Recht genießen, entzieht sich leider unserer Kenntnis. Weichen sie doch dem Kriegs-Erziehungskommando (Powiatowa Komisja Uzupelnięcia) ein entsprechendes Ges

